

Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge.

Von Dr. Schlosser (Frankfurt).

Infolge der äußerst schwierigen Verkehrsverhältnisse und der ungelärten politischen Lage ist es nicht möglich, schon jetzt ein Bild über die Lage des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungsgrabes im Reich oder in den Bundesstaaten zu gewinnen. Es muß daher zunächst genügen, die Hauptlage für Frankfurt a. M. und das Frankfurter Wirtschaftsgebiet darzustellen. Im Ganzen hat die Arbeitslosigkeit noch eine steigende Tendenz wie aus folgenden Uebersichten hervorgeht: 1) Zahl der die Erwerbslosen-Unterstützung des Arbeitsamtes beanspruchenden Erwerbslosen am:

30.11.18.	7.12.18.	14.12.18.	21.12.18.	28.12.18.	4.1.19.
2008	4303	7573	9843	10 440	11 295

Das Verhältnis von Stellenangebot und Nachfrage beim Arbeitsamt:

Monat	Im Laufe des Monats gemeldete offene Stellen						Auf 100 offene Stellen kommen Stellenangebote		
	Stellenangebote			Stellenangebote			Stellenangebote		
	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.
November.....	3277	5542	8819	5300	4567	9867	161.7	82.0	111.0
Dezember.....	5227	5178	10405	17546	4456	22002	335.0	86.0	211.4
Stand am 10.1.19	1495	2277	3772	12479	4070	16549	834.7	178.7	438.7

(Ein Vergleich der letzten Zahlenreihe mit der vorhergehenden ist nicht ohne weiteres möglich, da die Statistik die Geschäftsvorfälle innerhalb eines Monats bucht und die absoluten Zahlen für einen Monatsabschnitt daher niedriger sind. Die Relativzahlen sind dagegen vergleichbar.)

Charakteristisch sind die Unterschiede für den männlichen und weiblichen Arbeitsmarkt. Bei letzterem macht sich erst im Januar ein Ueberangebot von Stellensuchenden bemerkbar, während auf dem männlichen Arbeitsmarkt das Mißverhältnis in ganz außerordentlich auffallender Weise schon im Monat Dezember bemerkbar ward. Die stärkste Arbeitslosigkeit herrscht auf dem männlichen Arbeitsmarkt im Metallgewerbe, in den kaufmännischen und technischen Berufen und in den Hilfsge Werken der Handelsbetriebe (Bader, Auslaufer, Lagerarbeiter) sowie im Gastwirtsgeerbe. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt nimmt das Angebot der weiblichen Stellensuchenden in letzter Zeit besonders bei kaufmännischen Angestellten auffallend stark zu. Auch die Arbeitslosigkeit der gewerblichen Arbeiterinnen ist im Steigen begriffen. Ausgesprochenen Mangel an Arbeitskräften herrscht nur in der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft. Bei Tagelöhnern und Gelegenheitsarbeitern hält sich Angebot und Nachfrage nahezu im Gleichgewicht. Die betrüblichste Erscheinung ist die starke Arbeitslosigkeit gerade der Kriegsteilnehmer. Die absolute Zahl wird im Zusammenhang mit einer besonderen Aktion des Arbeitsamtes für deren Unterbringung z. Bt. ermittelt. Es darf aber angenommen werden, daß von den männlichen, die Erwerbslosenfürsorge beanspruchenden Erwerbslosen durchschnittlich mindestens 50 Prozent beim Kaufmannsgewerbe noch 70 bis 80 Prozent Kriegsteilnehmer sind. Die Verhältnisse in den gewerblichen Berufsgruppen sind, ausgenommen die Metallindustrie und das Gastwirtsgeerbe, wo besondere Verhältnisse herrschen, nicht so ungünstig. Im Holzgewerbe und Baugewerbe ist die Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst durch die Jahreszeit. Sie ist bedeutend härter als in normalen Zeiten, hat jedoch nicht den bedrohlichen Charakter wie in den anderen Gewerken. Im Bekleidungsgeerbe treten ebenfalls die Verhältnisse zur Zeit nicht ungünstig. An Schulmännern herrscht forar Mangel. Im Nahrungsmittelgewerbe ist die Arbeitslosigkeit der Bäcker und Metzger verhältnismäßig groß. Die Stellenlosigkeit für gewerbliche Arbeiterinnen und für Jugendliche ist nicht so groß, als von vielen Kreisen befürchtet wurde. Das Arbeitsamt hat mit seiner schon frühe ausgesprochenen Vermutung, daß die Rückführung der weiblichen Personen aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft nicht das schwierigste Problem darstellen werde, Recht behalten. Glücklicherweise ist die Belastung des Arbeitsmarktes durch Zugang von auswärts nicht sehr stark, während umgekehrt durch geeignete Maßnahmen in Verbindung mit der Eisenbahndirektion die Rückführung der Nichtortsanfässigen wesentlich erleichtert wird. Es ergibt sich sonach im ganzen, daß trotz des sehr dunklen Bildes des Arbeitsmarktes es keineswegs an Lichtblicken fehlt.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordern das gewissenhafteste Eindringen in die Verhältnisse der einzelnen Berufe, wobei mit besonderer Schwere sich die Verhältnisse, die noch dieser Richtung früher gemacht worden sind, rächen. Die Öffentlichkeit und namentlich ein großer Teil der Arbeiterschaft haben die Fragen der zweckmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte durch eine sachgemäße Arbeitsmarktpolitik in hohem Maße vernachlässigt. Vielfach wurde die Arbeitsvermittlung lediglich als eine Betriebsfrage vom Standpunkte der Produktion aus betrachtet, während die soziale Seite des Problems allzugenug beachtet worden ist. Der vom

hiesigen Arbeitsamt wiederholt und eindringlich erfolgte Ruf nach einer Zusammenfassung aller Kräfte war nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Erst die Umwälzungen der Revolution und die ungeheure Gefahr der Arbeitslosigkeit für die öffentliche Ordnung und Sicherheit haben den meisten die Augen geöffnet. Erfreulicherweise sind die bisher in die Wege geleiteten Maßnahmen insofern von Erfolg gewesen, als die gesamte Arbeits- und Stellenvermittlung nunmehr im Arbeitsamt zusammengefaßt ist und auf beruflicher Grundlage unter gleichzeitiger örtlicher Dezentralisation und unter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in besonderen Fachauschüssen organisiert wurde. Wesentlich zu diesen Erfolgen hat die Stellungnahme des Gewerkschaftskartells beigetragen, dessen Verhältnis zum Arbeitsamt schon vor dem Krieg ein immer einseitigeres und besseres geworden ist. Den äußeren Ausdruck fand diese Beziehung in dem Eintritt eines führenden Mitgliedes des Gewerkschaftskartells in das Arbeitsamt. Die von mancher Seite hierzu erhobenen formalen Bedenken stehen jedenfalls zurück hinter den Vorteilen, die ein geschlossenes Zusammengehen zwischen den Vertretungen der organisierten Arbeiterschaft und einer so wichtigen Stelle wie das Arbeitsamt bietet. Die Stellungnahme der Arbeitgebererschaft zu dem Arbeitsamt und seinen Einrichtungen darf als gut und vertrauensvoll bezeichnet werden. Insbesondere die für die Facharbeitsnachweise ausgearbeiteten Satzungen und Geschäftsordnungen haben die einmütige Billigung aller Beteiligten gefunden, da sie die Neutralität des Arbeitsamtes auf eine völlig einwandfreie Grundlage stellen. Insbesondere hat das Arbeitsamt Wert darauf gelegt, obwohl es auf einer unbedingten strengen Zentralisation bestehen muß, der für das Wirtschaftsleben notwendigen Freiheit den nötigen Spielraum zu lassen und jeden Schematismus und Bürokratismus von einer Einrichtung fern zu halten, die mitten in den wechselnden Anforderungen der Berufe steht und sich diesen anpassen muß. In Arbeitgebertreisen ist die Erkenntnis in erfreulichen Fortschritten begriffen, daß die zentralisierte Arbeitsvermittlung unbedingt notwendig ist für eine sachgemäße Arbeitsmarktpolitik und zur Lösung der Probleme der Arbeitsbeschaffung und der gerechten Arbeitsverteilung.

Eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung schon während des Krieges und in erhöhtem Maße seit den Umsturztagen ist die Arbeitsbeschaffung. Zunächst hat unsere Stadtverwaltung umfangreiche Arbeiten bei ihren Betriebsverwaltungen zur Verfügung gestellt, in erster Linie freilich Erd- und Bauarbeiten, aber auch eine Reihe von Arbeiten, die Facharbeitern aller Art, insbesondere für Instandsetzungsarbeiten, Beschäftigung bieten. Insgesamt hat die Stadtverwaltung für 3000 männliche Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze geschaffen, deren Besetzung in steigendem Maße sich vollzieht. Besonders zu erwähnen sind Erdarbeiten im Osthafen und Wege- und Balbarbeiten der städtischen Forstverwaltung. Außerdem stehen in unserem engeren Wirtschaftsgebiet für ungefähr 4 1/2 Millionen Mark Arbeiten des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten zur Verfügung. Hier handelt es sich ebenfalls im wesentlichen um Erd- und Tiefbauarbeiten. Es fehlt vor allem an Aufträgen für das Metallgewerbe und für das Handwerk. Hier müssen Staatsaufträge in großem Umfang nachgeholfen. Die Stadtverwaltung ist bei ihren Bemühungen auf sehr erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, da namentlich die Bundesstaaten und Berliner Firmen oder einzelne Großfirmen bei der Vergebung von Staatsaufträgen einen weiten Vorprung haben. Hier muß mit aller Energie die gesamte Bevölkerung sich hinter die städtischen Behörden und die Handelskammer stellen. Auch die politische Vertretung unseres Wirtschaftsgebietes in den zukünftigen Volksvertretungen wird sich der Berücksichtigung Frankfurter Wirtschaftsgebiete bei Vergebung großer Aufträge besonders annehmen müssen. Die gelegentlichen Vorschläge selbst einzelner hervorragender Persönlichkeiten genügen nicht, sondern es muß für die Zuweisung von Staatsaufträgen eine besondere Organisation mit einem Stab von Mitarbeitern geschaffen werden. Die Einzelwünsche und die Einzelinteressen müssen hinter das Gesamtwohl der Frankfurter Industrie, des Frankfurter Handwerks und seiner Arbeiterschaft zurücktreten. Das Arbeitsamt hat in den Fragen der Arbeitsbeschaffung anregend und begünstigend mitgewirkt, und ist für das Konfektionsgewerbe insofern noch weiter gegangen, als es im Anschluß an die günstigen Erfahrungen, die während des Krieges bei der Verteilung von Instandsetzungsarbeiten gemacht worden sind, einen besonderen Verteilungsausschuß für Textilien geschaffen hat, der noch einem auf Grund eingehender Feststellungen gefundenen Verteilungsschlüssel die Verteilung eines großen vorliegenden Auftrages für die Anfertigung von Zivilanzügen vorgenommen hat. Die Erhebungen gestatten, selbst bis zum einzelnen Betrieb hinunterzugehen und nach dessen Bedürfnissen und Arbeiterzahl die Arbeit zu verteilen.

Ähnlich wie mit den Fragen der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsbeschaffung verhält es sich mit dem Problem der Erwerbslosenfürsorge. Es sind zwar in Frankfurt Erfahrungen vorhanden, da das Arbeitsamt im Winter 1913/14 und zu Anfang des Krieges Erwerbslosenfürsorgeeinrichtungen traf. Die Aufgabe ist freilich selbst so gewaltig, daß sie mit den bisherigen Mitteln nicht gelöst werden konnte. Die grundsätzliche

Seite der Erwerbslosenfürsorge, namentlich ihr Verhältnis zur Familienfürsorge und zur Arbeitslosenversicherung soll hier nicht erörtert werden. Sie ist ein Erbfah für den entgangenen Verdienst und muß deshalb an die Berufsverhältnisse und an die Arbeitsvermittlung anknüpfen. Sie trägt allerdings auch Züge der Familienfürsorge durch Zuschüsse für die vom Familienvorstand zu unterhaltenden Familienangehörigen. Dieser Zusammenhang der Erwerbslosenfürsorge mit dem Berufsleben hat zur selbstverständlichen Folge, daß die Unterstützung auf keinen Fall höher sein kann als der bisherige oder z. Bt. gemeinübliche Verdienst dieser Berufsgruppe. Vielfach ist die nicht zu leugnende Arbeitsunlust auf die Höhe der Unterstützungssätze zurückgeführt worden. Diese Auffassung ist jedoch nur teilweise richtig. Leider sind schwere Mißbräuche der Erwerbslosenfürsorge-Einrichtungen, die durch die Kontrollorgane des Arbeitsamtes ermittelt worden sind, zu beklagen. Diese sind jedoch weniger auf die Höhe der Unterstützungssätze als auf den vielfach zu beobachtenden moralischen Tiefstand weiler Schichten der Bevölkerung zurückzuführen. Der großen Mehrzahl der Unterstützungsempfänger wäre die Zuweisung von Arbeit zweifellos lieber, ja, es kann sogar gesagt werden, daß bei längerer Arbeitslosigkeit infolge der damit verbundenen tiefen Depression die Unterstützung immer unwilliger entgegengenommen wird. Auch ist besonders hervorzuheben, daß die Unterstützung für Jugendliche und für solche weibliche Personen, die vor dem Kriege nicht erwerbstätig waren, einer besonderen Einschränkung unterliegt. Es zeugt von völliger Verkennung der Verhältnisse, wenn angenommen wird, als ob die Arbeitslosen einfach beliebigen anderen Berufen zugeführt werden könnten. Aus einer gewerblichen Arbeiterin ist nicht ohne weiteres ein Diensthote zu machen, und ein gelernter Facharbeiter wird nicht von einem zum anderen Tag zum Landarbeiter oder Berg- und Hüttenarbeiter. Die Zahl der unterstützten ungelerten Tagelöhner, ebenso der gewerblichen Arbeiterinnen ist verhältnismäßig gering. Im übrigen geschieht alles, um den häuslichen und landwirtschaftlichen Beruf auch der städtischen Bevölkerung durch eine starke Einwirkung auf eine angemessene Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder schmachtend zu machen. Für die verschiedenen Gruppen des Hauspersonals ist bereits vom Arbeitsamt ein Tarif angenommen worden, unter dem Vermittlung grundsätzlich nicht stattfinden sollen. Die vom Arbeitsamt angenommenen Sätze sollen außerdem durch die Ortspolizeibehörde als ortsbüchlich bekanntgegeben werden. Bei der Landwirtschaft ist die Arbeiterfrage eine Produktions- und eine Preisfrage für die landwirtschaftlichen Produkte, so daß hier mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden muß. Besonders wichtig ist neben einer besseren Gestaltung der Lohnverhältnisse eine Hebung des gesamten Niveaus des Landarbeiters durch Schaffung besserer Wohnverhältnisse und angemessener Verpflegung. Die Verhältnisse lassen auf dem Lande, namentlich dort, wo bisher Ausländer gearbeitet haben, sehr zu wünschen übrig. Das Landarbeiterproblem ist eines der schwierigsten und brennendsten, da voraussichtlich mit einem Zustrom von Ausländern nicht gerechnet werden kann. Hier muß mit Beschleunigung die innere Kolonisation in vollem Umfang einsetzen. Die Landarbeiterfrage ist in unserem Wirtschaftsgebiet nur deshalb nicht so schwierig, weil die Verteilung des Grundbesitzes in Klein- und Mittelbetriebe gesund ist. Die Ansiedlung von deutschen Familien auf größeren Gütern ist nach unserem Dafürhalten nur durch eine Ausgestaltung des Arbeitsvertrages zu einem möglichst freien Pachtvertrag möglich, der den Kleinpächter an der Erzeugung von Eigenprodukten interessiert. Die vom deutschen Landwirtschaftsamt in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen ausgearbeitete Landarbeiter-Ordnung bildet hierfür verheißungsvolle Anfänge.

Die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung greift an die Wurzeln unserer Volkswirtschaft. Die Probleme sind nur zu lösen, wenn mit der Heilung der schweren Wunden des Krieges ungefümt begonnen wird und alle Kräfte des Volkes auf dieses eine Ziel gerichtet werden. Der sich immer mehr breitmachende Materialismus der Einzelnen muß einem tiefen, von Selbstverantwortlichkeitsgefühl getragenen Staatsempfinden weichen, wie es durch die Umwälzung verheißungsvoll begonnen hat. In verstärktem Maße muß der Einzelne sich in dem neuen Staat als das Glied des Ganzen fühlen, so daß letzten Endes diese Fragen, um deren Lösung es sich hier handelt, ethische Fragen sind. Mit dem Wiederaufbau unseres Verkehrswezens muß begonnen werden, denn nicht in letzter Linie ist die Arbeitslosigkeit, ganz ähnlich wie bei Anfang des Krieges, durch die Verkehrskrise bedingt. Die Rohstoffbeschaffung und die Kohlenfrage steht hiermit im Zusammenhang. Der darniederliegende Wagemut, namentlich unseres Handels- und Kaufmannsstandes, wird hierdurch wieder belebt werden, damit durch diesen das Naderwerk wieder in Gang kommt. Auch die privaten Auftraggeber können in wesentlicher Weise hierbei mitwirken, indem sie wieder Vertrauen auf sich und den guten Kern des Volkes fassen und auch ihrerseits durch Vergebung von Aufträgen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft beitragen.